
DIE LINKE.

Ausgabe II / 2010

Grüne Stadtoase

Seit 2001 liegt das Gelände des alten Zentralbades Mönchengladbach brach. Eine Bebauung von Wohn- und Geschäftsgebäuden steht seither nicht in der Diskussion, eine Vermarktung durch die EWMG erscheint mut-



maßlich unwirtschaftlich (wir berichteten in der Ausgabe III/2009). DIE LINKE. forderte, das Gelände stattdessen für Kultur, Kunst und die Darstellung der Stadtgeschichte zu verwenden. Nun soll dort nach Willen von

Ab Seite 6 DIE LINKE. im Rat der Stadt

Politik und Verwaltung eine grüne Oase entstehen – Aber leider nur auf Zeit.

Zu den sportlichen Großveranstaltungen Frauen WM 2011 und der Hockey EM 2011, die beide auch im Mönchengladbacher Hockey- und Sportpark auf dem Gelände Nordpark stattfinden werden, ist die Stadt außerordentlich an Maßnahmen zur Verschönerung des Stadtbildes interessiert, damit Mönchengladbach im Sinne der städtischen Außenwirkung repräsentierbar erscheint. So soll nach neun Jahren nun ein kleiner Park auf dem Gelände des ehemaligen Stadtbades entstehen. Unter dem Motto „Hauptsache günstig!“ wird wohl voraussichtlich auf „teure“ Identifikationsmerkmale verzichtet. Statt Kunst und Kultur, gibt es möglicherweise nur ein paar Bänke und ein bisschen Rasenfläche. Statt den ‚Gladbach‘ freizulegen, wird eine kleine Wasserfläche entstehen.

Getrübt wird die Vorstellung weiterhin durch die Tatsache, dass es sich hierbei nur um eine temporäre Angelegenheit handelt. Sobald nach den Sportevents 2011 eine Vermarktung für Bebauungszwecke rentabel erscheint, wird der Park wieder zubetoniert. Und so hört man schon jetzt unter der Hand die Aussagen mancher Politiker in den entsprechenden Gremien, die das Projekt planen und durchsetzen werden, dass man den Park für die BürgerInnen weder zu schön gestalten noch großartig bewerben sollte.

DIE LINKE. fordert, ein ernsthaftes Konzept zu entwickeln, um das Gelände auf Dauer sinnvoll als Bindeglied für Kultur, Kunst und Geschichte dieser Stadt in der Nähe der alten Stadtmauer, dem Abteigarten und der Musikschule verwenden zu können.

Für Gewerbeansiedlungen haben wir ohnehin schon genug brachliegende Gewerbeflächen, die man reaktivieren könnte und selbst in der Innenstadt ist genug gewerblicher Immobilienleerstand vorhanden!

Daher halten wir auch an der Idee fest, den Gladbach an dieser Stelle wieder zum Vorschein zu bringen, um ihn als Namensgeber unserer Stadt in Mönchengladbach einzubinden statt ihm nur durch Schilder zu gedenken.



Kommentar:
Wirtschaftsverbände warnen:
"Gesetzliche Mindestlöhne
kosten Jobs" (RP, 04.04.2010)

...und täglich grüßt das Murmeltier!

21 von 27 EU-Ländern zahlen mittlerweile den Mindestlohn. Diese Länder (Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg etc. etc.) stehen also nach den Angaben der Vertreter der INSM, BDI und den anderen Wirtschaftsexperten der neoliberalen Bruderschaften vor dem Untergang und dem Bankrott.

Nun, dem ist nicht so. Aus geheimer und sicherer Quelle weiß ich, dass diese Länder noch existieren.

Durch ewiges wiederholen der falschen "Mindestlohn kostet Arbeit"-These soll dem "dummen" Bürger suggeriert werden, dass es ohne weiteres Lohndumping nicht geht (und er sich gefälligst über 3 € Brutto zu freuen hat). Diese Behauptung wird dadurch nicht richtiger und führt bei näherer Betrachtung ins Absurde.

Mindestlöhne schützen vor allem jene Arbeitnehmer die mit 3 bis 5, 6 € Brutto in die Armut getrieben werden. Diese Menschen würden bei bessere Bezahlung das hinzu verdiente Geld wieder zu 100% dem Binnenmarkt zuführen, was nicht nur zu einer Stärkung der Nachfrage von Gütern führt, sondern auch zu Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und einem gestärkten Binnenmarkt.

Wenn also Hempels, Meier und Mül-

ler auf einmal statt 300 nun 450 € zur Verfügung hätten, so würde diese Mehreinnahme komplett zurück in den Markt fließen. Man muss dafür kein studierter Experte sein, um die nachhaltigen, positiven Effekte für die Wirtschaft nachvollziehen zu können.



Im Übrigen, eine Firma die ihre Mitarbeiter/Angestellten nicht bezahlen kann und mit Niedriglohn und Staatszuschuss auch noch den Gewinn abgreifen will und dafür auch noch durch Steuern subventioniert wird, hat schlicht und ergreifend auf dem Arbeitsmarkt NICHTS zu suchen.

Das mag den Ausbeutern und Wirtschaftsweisen (bei dem Wort muss ich immer lachen) wie Raffelhüschen, Sinn, Franz, Hundt, Henkel und wie die bezahlten Agenten der Neoliberalen alle heißen, nicht gefallen. Aber ihre ewig gleiche Verdummungsstrategie der Bürger wird auf Dauer nicht greifen.

Und hier liegt dann auch eines der Hauptargumente zu den Umtrieben der besorgten Arbeitgeberlobby. Die Gefahr, Löhne, die zum Leben reichen, bezahlen zu müssen, mit der einhergehenden Sorge um die Minderung des eigenen Salärs und das der Profiteure (Wie, keine 25% Rendite!?), treiben da manchem die Schweißperlen auf die Stirn. Hier zählt jeder Prozentpunkt der Gewinnmaximierung mehr, als das Auskommen und Leben von tausenden Familien. Diese Lobby handelt und agiert nach dem Motto: „Wie kann der Arbeitnehmer es nur wagen, Geld für seine Leistungen zu fordern und zu alledem auch noch davon leben zu wollen!“

Sie handeln immer noch nach dem Orwellschem Prinzip:

"Und wenn alle anderen die von der (neoliberalen) Partei verbreitete Lüge glaubten - wenn alle Aufzeichnungen gleich lauteten (Medien) - dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit."

Dem kann ich nur mit Karl Kraus kontern: "Manches ist so falsch, dass noch nicht einmal das Gegenteil wahr ist."

Kommentar von Mario Bocks

**Je mehr Stimmen für
DIE LINKE, desto sozialer das
Land, deswegen am 9. Mai:**

**Erst und Zweit-
stimme für**

DIE LINKE.



Blasmusik heilt keine Wunden – Frieden statt NATO

Am 19. Juni 2010 findet in Mönchengladbach wieder das NATO-Musikfest statt. Für uns besteht jedoch kein Grund zum Feiern.

Zwar wird der Reinerlös des ‚Festes‘ (2008 betrug dieser 18.000,- EUR) dem Weltflüchtlingsfonds zur Verfügung gestellt, doch aus diesem Fonds werden auch die Menschen unterstützt, die erst wegen NATO – Kriegsinterventionen (z. B. den Bombenabwürfen in Jugoslawien) zu Opfern und Flüchtlingen wurden.



Täglich erreichen uns neue Meldungen über den Kriegseinsatz der NATO-Truppen in Afghanistan. Am 4. September 2009 wurden auf Befehl eines deutschen Offiziers, nahe dem afghanischen Kunduz, 140 Menschen von NATO-Bomben verbrannt.

Das am 19. Juni 2010 stattfindende NATO Musik- & Propagandafestival hat die Absicht, unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe, Kriegseinsätze der Bundeswehr salonfähig zu machen und die Opfer der Luftangriffe von NATO-Flugzeugen u. a. in Afghanistan vergessen zu lassen.

Die Bestrebungen einer angeblichen Friedenspolitik sind voller Widersprüche: so hat sich der Krieg von

NATO-Truppen in Afghanistan nicht nur längst von dem zunächst definierten Ziel, Bin Laden zu ergreifen, entfernt. Die NATO-Staaten verraten in diesem Krieg die eigenen Werte, wegen derer sie angeblich in Afghanistan kämpfen.

Im sogenannten Kampf gegen den Terror hofieren die NATO-Staaten jene Staaten, die selbst grausame Regime haben, die sich aber von ihrer geographischen Lage und strategischen Bedeutung als Partner geradezu anbieten. Einer „unserer“ neuen Freunde ist Usbekistan, wo die Bundeswehr in der Grenzstadt Termez einen festen Stützpunkt betreibt. In Usbekistan werden jedes Jahr die meisten Schulkinder zur Zwangsarbeit in die Baumwollfelder geschickt, wo sie Entlaubungsgiften ausgesetzt sind und unter unmenschlichen Bedingungen in der Ernte eingesetzt werden. Menschenrechtsorganisationen beschreiben Usbekistan als grausame Diktatur, in deren Gefängnissen Folter und Misshandlungen an der Tagesordnung sind. Ein weiterer Freund der NATO-Staaten ist Armenien, wo 2008 zehn Demonstranten erschossen wurden, als die Regierung auf eine friedliche Demonstration hatte schießen lassen. Deutschland übernimmt fast sämtliche Kosten für 40 armenische Soldaten, die ab Frühjahr im Krieg in Afghanistan einge-

setzt werden sollen.

Auch sorgten Kriegseinsätze verschiedener NATO-Partner (z. B. Großbritannien und USA im Irak) in der Vergangenheit für Flüchtlingsströme.

2008 hat Rolf Flören, damals Ratschherr für die LiLO-Gruppe im Rat der Stadt und heute Mitglied der Partei DIE LINKE., aufgezeigt, dass durch die Einsparung von nur einem Eurofighter (Stückpreis 117 Millionen Euro) ein Betrag zur Verfügung stände, der in den darauf folgenden 11.725 Jahren (elftausendsiebenhundertfünfundzwanzig!!) durch das NATO-Musikfest eingespielt würde. (Zum Vergleich: in 46 Jahren wurde durch das NATO-Musikfest ein Reinerlös von gerade mal 459.000,- Euro erwirtschaftet.)

Es klingt wie Hohn, wenn in vielen Jahren Kleinstarbeit vor Ort versucht wird, die zum Teil selbst zugefügten Wunden mit Blasmusik wieder zu heilen.

DIE LINKE. fordert:

- ◀ NATO – Besatzungstruppen raus aus Afghanistan !
- ◀ Eine Entmilitarisierung „unserer“ Friedenspolitik – dies würde Kriegsoffer und Flüchtlingsströme in aller Welt beträchtlich verringern.
- ◀ Keine Jubelfeiern für Krieg und Militär!



Schulschließung auf kaltem Weg

Über einem Eilantrag wollte DIE LINKE im Rat der Stadt am 3.3.2010 den Erhalt der Grundschule Waldhausener Höhe sichern. Eine Entscheidung in der Sache war geboten, weil in der folgenden Woche die ablehnenden Benachrichtigungen an die Eltern der angemeldeten Kinder erfolgen würden.

Die SPD erklärte, sie sehe keinen Grund für die Eilbedürftigkeit, da in der nächsten Ratssitzung am 28.4.2010 der Punkt auf der Tagesordnung stehen würde. Bedauerlicherweise schlossen sich CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen dieser Argumentation an, so dass der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Dadurch wurde die Grundschule Waldhausener Höhe auf kaltem Weg geschlossen. Denn in der Ratssitzung am 28.4.2010 wurde nur noch die Schließung beschlossen, weil die Eltern aufgefordert wurden, ihre Kinder an anderen Grundschulen anzumelden.

DIE LINKE empfindet diese Vorgehensweise als eine Missachtung des Engagements der Menschen in diesem Stadtteil für ihre Schule. Anstatt darüber zu diskutieren, ob eine solche wohnortnahe Beschulung günstig für die Entwicklung der Kinder ist, den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil unterstützt und so zu einer Stabilisierung und Weiterentwicklung der lokalen Strukturen beiträgt, wird die Diskussion mit einem Tagesordnungstrick abgewürgt.



Das Prinzip von „Kleine Kinder-Kleine Klassen-Kleine Schulwege“ wurde durch diesen Beschluss missachtet. Gutsituierte Eltern können ihre Kinder sicherlich zu einer weiter entfernten Grundschule bringen. Für die Kinder der anderen Familien bleibt nur der Weg über die stark befahrene vierspurige Waldnieler Straße. Mit dieser Entscheidung ohne Diskussion haben die zustimmenden Parteien einen weiteren Beitrag zur Politikverdrossenheit in der Stadt geleistet.

Wohnrumnutzungsbestimmungen NRW Verfehlt Umsetzung

Nach einem Schreiben des Beigeordneten Dr. Schmitz wird die Stadt Mönchengladbach bei der Bemessung der angemessenen Wohnungsgröße den Empfehlungen des Ministeriums für Arbeit und Soziales NRW (MAGS) folgen. Danach wird die angemessene Wohnungsgröße nach den Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB) bestimmt. Sie beträgt dann 47qm für eine Person und zusätzlich 15qm für jede weitere Person im Haushalt.

Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Rat der Stadt kritisiert die ab dem 1.5.2010 geplante Umsetzung. Es gibt Urteile des Landessozialge-

richtes NRW (Az. L 12 B 120/09 SO ER v. 24.3.2010) und des Bundessozialgerichtes. Diese legen die Wohnraumnutzungsbestimmungen (WNB) zugrunde. Die darin angegebenen Wohnflächen bilden die Grundlage zur Ermittlung der Höchstwerte für angemessene Unterkunftskosten. Und diese sehen 50qm für eine Person, 65qm für zwei Personen und zusätzlich 15qm für jede weitere Person vor. Damit sind Klagen vor Gericht schon vorprogrammiert.

Die Empfehlungen des Landesministeriums (MAGS) gehen eindeutig zu Lasten der Hartz IV-Haushalte. DIE LINKE fordert die Stadt Mönchengladbach auf, den Empfehlungen nicht zu folgen und für die Bestimmung der angemessenen Wohnraumgröße für die Kosten der Unterkunft die Wohnraumnutzungsbestimmungen heranzuziehen.

Sollte dies nicht der Fall sein, dann kann den Betroffenen nur empfohlen werden, gegen diese rechtswidrige Umsetzung Widerspruch einzulegen und gegebenenfalls zu klagen. Dass die nicht aussichtslos sind, belegt ein Verfahren vor dem Sozialgericht Düsseldorf vom 11.3.2010 (S41 As 146/08). Danach weist der Vorsitzende des Gerichtes darauf hin, dass ab dem 1.1.2010 die angemessene Wohnungsgröße für den Kläger nach den Wohnraumnutzungsbestimmungen 50qm beträgt. Dieser Auffassung hat die ARGE Mönchengladbach in dem Vergleich zugestimmt.

Biogasanlage

Die NVV plant in Wanlo eine Biogasanlage. In der soll unter Einsatz von Mais und Rindergülle durch einen Gärprozess Gas gewonnen werden.

Die Fraktion DIE LINKE ist für die Ausweitung der Produktion von regenerativer Energie und somit auch für den Bau von Biogasanlagen. Das Projekt, das die NVV hier plant, lehnt die Linkspartei jedoch aus mehreren Gründen ab.

Der Standort Wanlo ist für eine Biogasanlage ungeeignet. Wanlo hat den Braunkohletagebau vor der Haustür, die Autobahn verläuft neben dem Dorf und die existierende Kompostieranlage zieht schon genug Verkehr in den Ort. Durch die Zu- bzw. Ablieferung für die Biogasanlage wird das Verkehrsaufkommen unerträglich. Von Lebensqualität in dem vormals beschaulichen Dorf kann nicht mehr die Rede sein.

Der zweite Grund für die Ablehnung liegt in dem Einsatz von Mais als Gärstoff. Mais ist ein Lebensmittel. Es stimmt etwas nicht, wenn vor Weihnachten für „Brot für die Welt“ gesammelt und das Jahr über Lebensmittel verbrannt werden.

Mais ist auch ein Futtermittel. Schon

Martin Selt

Bezirksvertretung
West

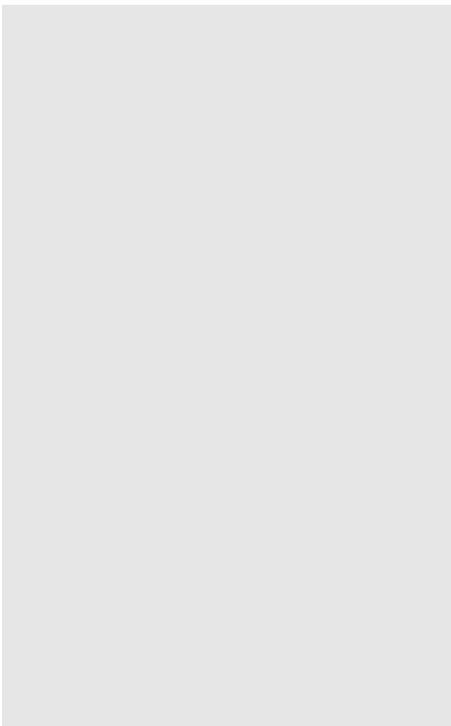
*„Es bleibt bei
einem klaren
NEIN!“*



jetzt importieren wir 70% unserer Futtermittel aus Übersee. Was ist daran Bio, wenn wir bei uns angebaute Futtermittel verheizen und gleichzeitig mit unsinnigen Transportkosten Futtermittel importieren. Eine Biogasanlage kann auch mit vergärbaren Siedlungsabfällen und anderen Rest- und Abfallstoffen betrieben werden. Dann ist der Wirkungsgrad zwar nicht so hoch. Es geht aber. Das Problem für die NVV und der daran zu 50% beteiligten RWE liegt darin, dass dann der Profit für sie nicht mehr so hoch ist. Nur sollten uns die Interessen der Menschen vor Ort mehr am Herzen liegen, als die Profitrate des Energie-multis RWE.

Für die in Wanlo geplante Biogasanlage soll es keine Auflagen geben, nur Saatgut zu verwenden, das nicht genmanipuliert ist, obgleich die NVV inzwischen beteuert, nur Naturbelassenen Mais in ihrer Anlage zu wollen. Wenn hier aber doch genmanipulierter Mais vergärt wird, dann haben wir die daraus resultierenden Gärreste später auf den Äckern der Umgebung. Was ist daran Bio?

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt wird gegen dieses Projekt in der Form in Wanlo stimmen.

**Impressum / V.i.S.d.P.:**

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Burgstraße 4
41199 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43

Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Burgstraße 4 in Odenkirchen eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.